

ANDRÄ RUPPRECHTER  
Bundesminister



# 95/4.4

## VORTRAG AN DEN MINISTERRAT

GZ: UW.1.5.7/0026-EU-Koord UW/2016

Wien, am 22. März 2016

**Gegenstand:** Bericht über die 3452. Tagung des Rates der EU (Umwelt)  
am 4. März 2016 in Brüssel

Am 4. März 2016 fand die erste formelle Ratstagung (Umwelt) unter niederländischem Vorsitz statt. Den Vorsitz führte Ministerin Sharon Dijksma.

Die EK war durch Kommissar Miguel Arias Cañete (Klima), Kommissar Karmenu Vella (Umwelt und Fischerei), Kommissar Vytenis Andriukaitis (Gesundheit und Lebensmittelsicherheit) und Kommissar Carlos Moedas (Forschung, Wissenschaft und Innovation) vertreten.

Die österreichische Delegation wurde von Bundesminister Andrä Rupprechter geleitet.

### TOP Maßnahmen im Anschluss an die COP21 (Klimawandel)

#### – Orientierungsaussprache

Dok. 6006/16; 6251/16, 6743/16

Nach der erfolgreichen Klimakonferenz COP 21 in Paris im Dezember 2015 begrüßte der ER am 18. Dezember 2015 die Ergebnisse von Paris. Er lud die EK und den Rat in seinen SF ein, die Ergebnisse der COP 21 bis März 2016 zu bewerten und dabei besonders den Klima- und Energierahmen 2030 im Auge zu behalten bzw. die nächsten Schritte vorzubereiten. Gleichzeitig mit der diesbezüglichen Mitteilung der EK wurde am 2. März 2016 ein Entwurf eines Beschlusses zur Unterzeichnung des Abkommens von Paris angenommen. Die notwendigen nächsten Schritte zur Umsetzung des Pariser Abkommens innerhalb des Rahmens der Klima- und Energiepolitik bis 2030 wurden anhand der Einschätzung der Präsidentschaft und der Mitteilung der EK am Umweltrat diskutiert.

Zu den Maßnahmen im Anschluss an die COP 21 herrschte zwischen den MS Einigkeit, dass die Auslegung der Ergebnisse der COP 21 durch den Vorsitz geteilt werde. Zahlreiche MS, wie auch Österreich, sprachen sich für eine rasche Ratifizierung des Pariser Abkommens aus.



**TOP Stoffe mit endokriner Wirkung**  
**– Annahme einer Erklärung des Rates**  
Dok. 5987/16

Die EU-Biozidprodukte-Verordnung hatte die Festlegung von wissenschaftlichen Kriterien zur Bestimmung der endokrinschädigenden Eigenschaften von Stoffen durch die EK bis 13. Dezember 2013 vorgesehen. Da die EK diesbezüglich nicht tätig wurde, hat sich der Rat auf Seite von Schweden am EuGH-Verfahren T-521/14 (Untätigkeitsklage gegen die EK) beteiligt und Recht bekommen. Einige MS betonten die Bedeutung der Festlegung der Kriterien für diese Stoffe und drangen auf eine rasche Umsetzung des EuGH-Urturts durch die EK. Eine entsprechende Erklärung des Rates wurde angenommen.

**TOP Strategie für die Kreislaufwirtschaft Mitteilung der Kommission „Den Kreislauf schließen – Ein Aktionsplan der EU für die Kreislaufwirtschaft“**  
**– Orientierungsaussprache**  
Dok. 6266/16; 14972/15 + ADD 1

Im Zuge der Orientierungsaussprache zum Aktionsplan Kreislaufwirtschaft betonte eine Reihe von MS die Wichtigkeit der im Aktionsplan genannten Maßnahmen, besonders die Lebensdauer, Reparierbarkeit und Rezyklierbarkeit von Produkten, die Verwirklichung eines Marktes sowie Qualitätsnormen für Sekundärrohstoffe, den Austausch guter Praktiken unter den MS, Ökodesignstandards und die Rolle des grünen Beschaffungswesens. Im Zusammenhang mit der zukünftigen Überprüfung und Umsetzung der Maßnahmen wurde etwa ein transparenter, kohärenter Rahmen angesprochen wie auch eine regelmäßige Bestandsaufnahme der Umsetzung. Einige MS, unter anderem auch Österreich, betonten die Notwendigkeit der raschen EU-weiten Eindämmung der Deponierung von Abfällen als zentrale Maßnahme für mehr Ressourceneffizienz und auch für den Klimaschutz. Österreich wies darauf hin, dass es einige MS geschafft haben, die Deponierung von Abfällen erfolgreich einzudämmen, unter anderem durch Einführung einer Deponieabgabe als marktbasiertes Lenkungsinstrument. Einige MS, so auch Österreich betonten dass die Vermeidung von Lebensmittelabfällen und die Bekämpfung von Meeresmüll inklusive Plastik zu Recht von der EK als prioritäre Handlungsfelder in den Aktionsplan aufgenommen wurden.

**TOP Europäisches Semester / Jahreswachstumsbericht 2016 und Beitrag von Umwelt und Klima zu Wachstum und Beschäftigung**  
**– Gedankenaustausch**  
Dok. 5997/16; 14270/15

Es wurden von den MS unterschiedliche Meinungen vertreten, ob Umwelt- und Nachhaltigkeitsaspekte in das Europäische Semester integriert werden sollten, oder ob Nachhaltigkeit und Umwelt eher in einer eigenen (Nachhaltigkeits-)Strategie behandelt werden sollten. Zahlreiche MS, so auch Österreich, setzten sich für die rasche Einführung einer horizontalen Struktur zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele in der EU und den MS ein und forderten die EK auf, einen Vorschlag für eine Roadmap zu präsentieren. Um zwischen den unterschiedlichen Instrumenten und Indikatoren auf EU-Ebene Doppelgleisigkeiten zu verhindern und die Verwaltungskosten gering zu halten, sollten möglichst alle Synergien genutzt werden.

**TOP Sonstiges****a) Energiewende – Förderung umweltfreundlicher Energiequellen in der EU  
– Informationen der österreichischen Delegation**

Dok. 6125/16

Unter TOP Sonstiges stellte BM Rupprechter eine Initiative zum Thema Energiewende, insbesondere zur Förderung umweltfreundlicher Energiequellen in der EU vor. Dem folgte ein Austausch.

Damit soll ein Diskussionsprozess gestartet werden, der zur Stärkung der erneuerbaren Energien auf institutioneller Ebene in Europa führt. Eine Reduktion der Treibhausgas-Emissionen lässt sich langfristig nur durch eine Energiewende realisieren, dh durch Einsatz von mehr erneuerbaren Energien, Steigerung der Energieeffizienz und Energieeinsparung. Diese Initiative ist auch ein Beitrag zur Umsetzung der Ergebnisse der COP 21, insbesondere im Hinblick auf den Ausstieg aus fossilen Energieformen in der 2. Hälfte des Jahrhunderts. Ziel ist es, das Thema „Energiewende“ und erneuerbare Energien stärker in den Fokus der Politikgestaltung auf europäischer Ebene zu setzen. Die europäischen Institutionen, allen voran die EK, sollen zu einem Tätigwerden verpflichtet werden. Dazu reichen die gegenwärtigen Vorgaben in den EU-Verträgen nicht aus. Daher solle die Energiewende auf europäischer Ebene – primärrechtlich – als gemeinsames Ziel festgelegt werden.

Die Initiative zum Anstoß eines Diskussionsprozesses zu diesem Thema wurde insbesondere von Ungarn und Deutschland begrüßt.

Ich stelle daher den

**Antrag:**

Die Bundesregierung möge diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Der Bundesminister:  
Rupprechter